

Antrag

der Abgeordneten Maria Eichhorn, Klaus Holetschek, Wolfgang Dehnel, Renate Diemers, Thomas Dörflinger, Anke Eymer (Lübeck), Ingrid Fischbach, Walter Link (Diepholz), Dorothea Störr-Ritter, Gerald Weiß (Groß-Gerau) und der Fraktion der CDU/CSU

Endbericht der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag betont die Bedeutung des Berichts der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ (Drucksache 13/10950) als wertvolle Arbeitsgrundlage für die Entscheidung über Rechtsänderungen auf diesem Gebiet.
2. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Notwendigkeit, insbesondere folgende Handlungsempfehlungen zügig umzusetzen:
 - neu zu schaffende Rechtsvorschriften (Ziff. 6.2.2): Einrichtung einer Stiftung, Förderung privater Beratungs- und Informationsstellen, Regelung der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe, Einführung einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit für juristische Personen, Straftatbestand gegen so genannte Pyramidenspiele, Einbeziehung von Strukturvertrieben in die Gesetzgebung für Finanzdienstleistungsvermittler und Versicherungsvermittler,
 - Erweiterung des bestehenden Rechts (insbesondere Steuerrecht, Heilpraktikergesetz, gesetzliche Regelung zum Kindschaftsrecht und Wucher).
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, umgehend entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gemäß Ziffer 6.2.13 des Kommissionsberichts bis spätestens 30. Juni 2000 den ersten Bericht über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen vorzulegen, insbesondere hinsichtlich der Tätigkeit des Bundesverwaltungsamtes (6.2.3.1), der Beobachtung der Scientology-Organisation durch den Verfassungsschutz (6.2.4), der internationalen Zusammenarbeit (6.2.5), des einheitlichen Umgangs mit neuen religiösen und ideologischen Gemeinschaften und Psychogruppen in der Europäischen Union (6.2.6), der Bekämpfung von und Information über Okkultismus und Sanatismus (6.2.7), der Bildung und Weiterbildung (6.2.8), der Forschungsförderung (6.2.9), der staatlichen Unterstützung von Standesorganisationen, Verbraucherschutzzentralen u. ä. zur Transparenz des Psychomarktes (6.2.10), der Mediation zwischen Konfliktpartnern (6.2.11).

Berlin, den 14. Dezember 1999

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

